

Posted on 3. August 2021 by Kalle Altmann

Wir setzen uns seit jeher für mehr Tierwohl und gegen die Massentierhaltung ein. Gleichzeitig wollen wir die bäuerliche Landwirtschaft erhalten und die Vermarktung von regionalen Produkten fördern, weil sie zukunftsweisend sind.

Viele Tiertransporte über Land und See kommen durch die Überproduktion bei der Massentierhaltung zustande. Es ist egal, ob sie dann als Schlacht- oder wie bei uns als Zuchtvieh deklariert werden. Die meisten Transporte außerhalb der EU-Grenzen werden zu Qualtransporten. Wir fühlen uns daher den vielen Tierschutzinitiativen verpflichtet, die solche skandalösen Vorgänge immer wieder an die Öffentlichkeit bringen.

Ganz besonders beschäftigt uns das Thema Tierleid und Tiertransporte in Drittländer. Der Landkreis Aurich hat hier immer wieder durch seine intransparente Genehmigungspraxis eine unrühmliche Rolle gespielt. Das gilt auch für die fehlende Kommunikation von Verwaltung und Transporteuren gegenüber der Öffentlichkeit.

Unsere prominent besetzte Podiumsdiskussion „Tiertransporte und Tierwohl – ein unlösbares Problem?“ zeigte dies im letzten Herbst auf. Deshalb werden wir auch in Zukunft die Initiativen von **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene zur Beendigung von Tiertransporten – besonders in Nicht-EU-Länder – auf kommunaler Ebene aufgreifen. Im Kreistag nutzen wir die öffentlichen Debatten, um Berichte einzufordern. Wir fordern den Landkreis auf, seiner Aufsichtspflicht nachzukommen und die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen besser zu kontrollieren.

Das Wohl der hiesigen Tiere ist uns ebenso wichtig. Unsere Ställe sind so zu gestalten, dass sie den Anforderungen an den modernen Tierschutz wie Platzbedarf, Raumklima und Brandschutz, in jeder Hinsicht genügen. Es darf z.B. nicht mehr passieren, dass Schweine in viel zu engen Kojen qualvoll verbrennen, weil aus Kostengründen keine verbindlichen Standards zum Schutz der Tiere vorliegen. Auch die Schlachtmethode durch CO<sub>2</sub>-Betäubung lehnen wir ab.

Die Notwendigkeit, dass der Staat sich bei der Kastration von Katzen einbringt, wurde im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung von uns mehrfach thematisiert. Daraufhin beteiligte sich der Landkreis finanziell an den Kastrationskosten. Sinnvoller wäre es, wenn die Tierschutzvereine jährlich verlässlich mit einer gleichbleibend hohen Summe rechnen könnten.